

DIETER JANKE

Markt und Plan – neue Kontroversen zu einem »ewigen« Streitfall

Es gibt wohl kein zweites sozialökonomisches Problem, an dem sich sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in politischen Debatten die Geister in einer solchen Masse scheiden wie an dem der wirtschaftlichen Regulierungsmechanismen. Ist der Markt staatlicher Lenkung bedürftig? Kann es eine Kombination beider geben? Die Implosion des Staatssozialismus und die damit offenkundig werdende Ineffizienz zentralistischer Wirtschaftsplanung scheinen denen recht zu geben, die auf die Dominanz der Marktregulierung schwören. Privatisierung und Deregulierung sind daher die Schlagworte der Marktfundamentalisten. Der Staat soll sich ihrer Vision nach seiner wirtschaftlichen Betätigung weitestgehend enthalten. So könnten das Wachstum der Wirtschaft und deren Gleichgewicht gesichert werden.

Vertreter alternativer wirtschaftstheoretischer und -politischer Konzepte stehen mithin vor dem Problem, erklären zu müssen, auf welchen Regulierungsmechanismus sie setzen wollen. Sozialisten, deren visionäres Selbstverständnis davon ausgeht, daß mit der Dominanz des kapitalistischen Profitstrebens noch nicht das Ende der Geschichte erreicht ist, sehen sich folglich gezwungen, ihr Verhältnis zur Marktregulierung nicht zuletzt auch mit dem Blick auf ihre Geschichte neu zu formulieren. Sie stehen vor der kardinalen Frage: Ist eine sozialistische Marktwirtschaft möglich?

Diesem anspruchsvollen Gegenstand widmete sich ein Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen am 21. April in Leipzig. Es lag in der Natur der Sache, daß sich der weitaus größte Teil sowohl der vorbereiteten Vorträge als auch der Diskussion den historischen Dimensionen des Problems zuwandte. Schließlich hatte schon *Karl Marx* als Stammvater aller modernen Sozialisten sowohl mit seiner Werttheorie eine Analyse der kapitalistischen Marktregulierung vorgenommen als auch grundlegende Aussagen zu den Problemen der sozialistischen Wirtschaft hinterlassen. *Horst Richter* (Dresden) wandte sich deshalb in seinem Beitrag der Frage zu: ›Ist Marx' Theorie der Warenproduktion und des Werts mit einer sozialistischen Marktwirtschaft vereinbar?‹ In seinen Vorbemerkungen verwies er auf die systembedingte politische Stigmatisierung aller Reformversuche des bürokratisch-zentralistischen Planungssystems in den fünfziger und sechziger Jahren als revisionistische Entgleisungen. Kurios dabei war, daß sich sowohl die Befürworter eines Marktsozialismus als auch dessen Gegner auf *Marx* beriefen. *Richter* ging deshalb der Frage nach, ob eine Konzeption der sozialistischen Marktwirtschaft

Dieter Janke – Jg. 1954; Dr. habil., studierte Geschichte der politischen Ökonomie in Leipzig, arbeitet gegenwärtig als freier Journalist.

Im Herbst 2001 soll der Protokollband dieser Veranstaltung erscheinen; Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig (Tel.: 0341/ 96 08 531, Fax: 0341/21 25 877, e-mail: RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de).

überhaupt auf die Marxsche Theorie der Warenproduktion zurückgreifen kann.

Dreh- und Angelpunkt bei der Beantwortung dieser Frage ist für *Richter* die Charakterisierung der Warenproduktion und der mit ihr verbundenen Kategorien als historische. Neben der Arbeitsteilung sei für *Marx* die »Arbeit voneinander unabhängiger Produzenten, von privaten selbständigen Produzenten« Voraussetzung und somit Ursache der Warenproduktion. Zur sozialen Kategorie ›Ware‹ wird das Produkt demnach erst, wenn es von selbständigen Produzenten hergestellt und zwischen diesen Wirtschaftssubjekten auch ausgetauscht wird. Ohne Tausch zwischen den in ihren Entscheidungen unabhängigen und freien Produzenten, somit ohne Markt und den hier obwaltenden Regeln, existiert keine Warenproduktion. Die Stofflichkeit als Gebrauchswert des Produkts selbst sei schon sozial determiniert, weil – so *Richter* sich auf *Marx* beziehend – der Gebrauchswert eines Produkts stets »Gebrauchswert für andere« und somit gesellschaftlicher Gebrauchswert sei. Warenproduktion setzt nach *Marx* Privateigentum voraus. Und deshalb – so *Richter* – sei es folgerichtig, »daß nur unter Bedingungen der unabhängigen, selbständigen Privatarbeit die hergestellten Produkte die Warenform annehmen und zu ihren Werten ausgetauscht werden«. Im Umkehrschluß bedeutet dies allerdings auch, daß *Marx* in einer Gesellschaft, die auf Gemeineigentum beruhe, für die Existenz der Warenproduktion »weder eine Grundlage noch eine Notwendigkeit« gesehen habe. Vertreter einer solchen Auffassung waren unter anderem auch *Luxemburg*, *Bucharin* und *Lenin*, unter dessen Führung die Bolschewiki zwischen 1918 und 1921 während des »Kriegskommunismus« zur Überwindung der Folgen des Krieges und der Invasion auf eine staatlich reglementierte Naturalwirtschaft setzten.

Mit dem Ausbleiben der erhofften Revolution in Zentraleuropa und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen wandte sich *Lenin* theoretisch und praktisch ab 1921 mit der *Neuen Ökonomischen Politik* (NÖP) dem Problem der Warenproduktion und des Marktes im Sozialismus zu, wie *Siegfried Liebing* (Leipzig) nachzeichnete. Seiner Meinung nach war der Übergang zur NÖP keine rein taktische Frage, sondern »als eine langfristige Politik konzipiert.« Ohne daß sie in ihren Wirkungen voll zum Tragen gekommen sei, wurde sie jedoch bereits 1929, dem »Jahre des großen Umschwungs«, unter *Stalin* abgebrochen. »Über den nüchternen ökonomischen Sachverstand siegte die pseudorevolutionäre Unduldsamkeit.« Damit wurden auch die theoretischen Überlegungen von sowjetischen Ökonomen, wie *Paschkow*, *Wosnessenski* und anderer, die auf der These von einer »Warenproduktion historisch besonderer Art« aufbauend, einer sozialistischen Warenproduktion und der damit verbundenen Marktbeziehungen positiv gegenüberstanden, zu Grabe getragen. Es kam, resümierte *Liebing*, zur folgenschweren Dominanz der Stalinschen These vom »Nichtwarencharakter der Produktionsmittel«, die dem Subjektivismus vor allem im Bereich der staatlichen Investitionspolitik Tür und Tor öffnete.

Dennoch hat es sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch in der wirtschaftspolitischen Praxis des Staatssozialismus Vorstöße gegeben, die starre zentralistische Wirtschaftsregulierung

durch die Betonung ökonomischer, auf Marktbeziehungen setzender Regulierungsmechanismen zu reformieren. Sie scheiterten letztlich am machtpolitischen Kalkül der herrschenden Parteien. So meint auch *Hans-Georg Draheim* (Leipzig), die NÖP sei letztlich aus politischen Gründen abgebrochen worden. In seinem Beitrag schilderte er den wissenschaftlichen Vorstoß von *Fritz Behrens* und *Arne Benary* in der DDR Ende der fünfziger Jahre. Sie griffen das Problem der sozialökonomischen Triebkräfte und deren innovative Wirkungen auf und meinten, sie kämen durch die herrschende administrative Führungsmethode nicht zur nötigen Wirkung. Unter der Regie zentraler SED-Gremien wurde die durch *Behrens* und *Benary* ausgelöste Debatte mit dem vernichtenden Vorwurf des Revisionismus abgewürgt, was nicht etwa der subjektiven Unfähigkeit einzelner Parteiführer geschuldet war, sondern in der Logik des politischen Systems selbst lag. Schließlich wurde mit ihren theoretischen Überlegungen zur Selbstständigkeit der Wirtschaftssubjekte letztlich auch die Frage der politischen Strukturen und ihrer Demokratisierung auf die Tagesordnung gesetzt.

Auch das Zugrabetragen des *Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung* (NÖS) Ende der sechziger Jahre in der DDR, das unter der Leitung *Walter Ulbrichts* gleichfalls auf eine Verstärkung der Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte und auf mehr Selbstregulierung setzte, hatte hier seine wesentlichen Ursachen. *Joachim Tesch* (Leipzig) und *Siegfried Wenzel* (Berlin) schilderten in ihren Beiträgen Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit in zentralen staatlichen Wirtschaftsgremien. »Eine wesentliche Erfahrung der Praxis der gescheiterten Planökonomie besteht darin« – so *Wenzel* –, »daß Wert und Preis als grundlegende Faktoren des Wirtschaftsgeschehens nicht künstlich nachgebildet werden können, ohne ihr Wesen als einheitlicher Wertmaßstab zu verlieren.« Folglich komme auch eine Alternative zur jetzigen kapitalistischen Gesellschaft nicht ohne den Markt aus. Sie müsse deshalb auf der Basis von Eigentumspluralismus durch die Nutzung demokratisch kontrollierter Marktmechanismen charakterisiert sein.